

Rot-Grün sendet klare Botschaft „Pro Netzneutralität“!

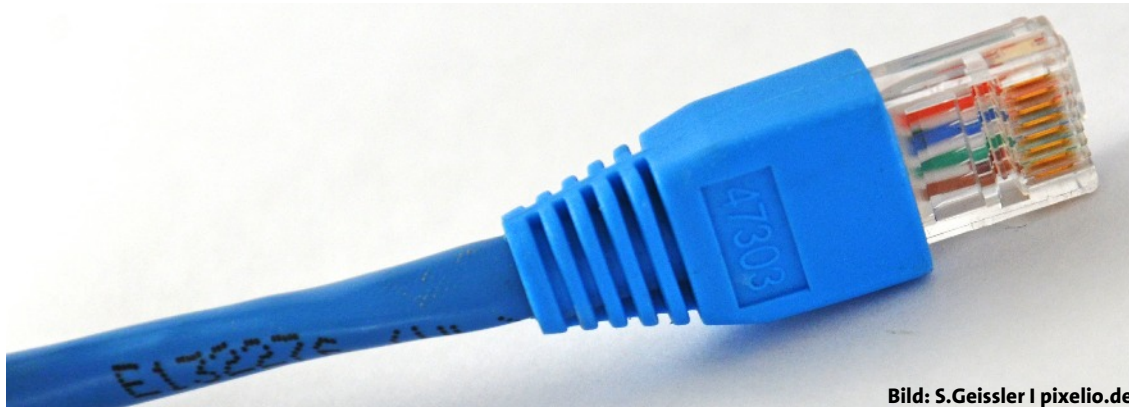


Bild: S.Geissler | pixelio.de

In der Debatte zu unserem Antrag **„Für echtes Netz: Netzneutralität dauerhaft gewährleisten und gesetzlich festschreiben!“**, den wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner Bündnis 90/Die GRÜNEN eingebracht haben, spricht sich der Landtag eindeutig gegen die Aufweichung der Netzneutralität aus.

„Stellen Sie sich vor, alle Straßen in Deutschland würden einem Unternehmen gehören – wir alle fahren Autos verschiedener Marken und nur eine Marke dürfte nun die volle Geschwindigkeit ausschöpfen, alle anderen müssten die Schrittgeschwindigkeit einhalten“ sagt unser medienpolitischer Sprecher Alexander Vogt. Damit beschreibt er bildhaft, inwiefern eine Bevorzugung eigener Inhalte bei Drosselung des Zugangs zu allgemeinen Angeboten nicht nur die Netzneutralität, also die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe, bedroht, sondern auch eine Diskriminierung von anderen Anbietern darstellt.

Die Reduzierung der Bandbreite oder die Rückkehr zu Volumentarifen kann man aus wirtschaftspolitischer wie aus verbraucherpolitischer Perspektive kritisieren – dies läge aber letztlich in der Entscheidung des Unternehmens und wäre rechtlich nicht zu beanstanden. Um einen Verstoß gegen die Netzneutralität handelt es sich aber, wenn der Datenverkehr in den Netzen behindert oder verlangsamt wird, während gleichzeitig eigene Dienste oder Partnerdienste bevorzugt werden.

Die anschließende Debatte war lohnenswert und kann im Video unter http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB/1/1.1/video/on_demand_stream.jsp?id=8271 ab Minute 275:53 noch einmal angesehen werden.

Alle Anträge zu diesem Thema wurden zur weiteren Beratung in den Fachausschuss überwiesen. Wir werden wir uns im Ausschuss für Kultur und Medien in den nächsten Wochen weiterhin und verstärkt mit der „Netzneutralität“ auseinandersetzen und gegebenenfalls auch noch ein Anhörung zu diesem Thema einleiten.

Wir werden alles in unserer Macht stehende tun, um das freie, offene Netz zu sichern und allen Teilnehmern wie Anbietern einen gleichberechtigten Zugang zum Internet zu garantieren!

Weiterlesen:

Drucksache 16/2888



*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,*

Auch in der vergangenen Woche ging es oftmals hoch her in unserem Landesparlament. Neben einer aktuellen Stunde zum Thema „Tempolimit 120 auf der Autobahn“ ging es auch um Netzneutralität, Verbraucherschutz, Mietrecht, ein Handelsabkommen mit den USA und eine anstehende Novelle des Stärkungspaktes für notleidende Kommunen. Besonders aufmerksam machen möchte ich auf unsere „Landtagsfraktion vor Ort“ am 26. Juni zum Thema Inklusion. Der Schwerpunkt liegt bei dieser Veranstaltung bei den Schulen. Es wird eine unserer Kernaufgaben in den kommenden Jahren sein, Inklusion in unseren Schulen umzusetzen. Diese große Herausforderung wollen wir annehmen und gemeinsam mit Ihnen die nächsten Schritte diskutieren.

Für die Abgeordneten
Ihr



Zum Antrag der Fraktion der Piraten, DS 16/2894 „Verordnung zur Änderung der Lebensmittel-Kennzeichnungsverordnung – Endlich mehr Sicherheit für Verbraucher“ von Stephan Gatter

Die Lebensmittelkennzeichnung ist für die Verbraucherinnen und Verbraucher eine wichtige und – zum Teil auch gesundheitlich notwendige – Information. Befindet sich in einem Produkt Alkohol? Wie hoch ist der Anteil von Fett und Zucker? Beinhaltet das Produkt Gluten? usw. Wir alle kennen dies selbst vom täglichen Einkauf. Menschen, die sich vegetarisch oder vegan ernähren, haben einen erhöhten Bedarf an Informationen – dies ist in der Fachwelt unumstritten. Eine Definition zu finden, was verstehen wir eigentlich unter vegan und vegetarisch ist nur logisch und nachvollziehbar.

Derzeit können sich Verbraucherinnen und Verbraucher mit dem Label (ein grünes „V“ auf gelben Grund) informieren. Das Label „V“ soll Vegetariern die Lebensmittelauswahl europaweit erleichtern. Es steht für Erzeugnisse, deren Herstellung ohne Rohstoffe aus Tierkörpern erfolgt, insbesondere ohne Fleisch, Gelatine, Knochen und Schlachtfette. Dieses Label wird auf Antrag und nach vorheriger Prüfung in Deutschland über den Vegetarier-Bund Deutschland e. V. vergeben. Viele Hersteller geben heute schon einen Hinweis: „kann Spuren von Zutaten tierischen Ursprungs enthalten“.

Die Fraktion der Piraten begründet in ihrem Antrag ihre Forderung aber auch mit verschiedenen Anforderungen von Religionsgemeinschaften. Für die Religionsgemeinschaften hätte aber eine Gesetzesänderung keine Bedeutung, da für einen problemlosen Verzehr nicht nur die Angaben der verwendeten Zutaten relevant sind. Ob ein Lebensmittel „halal“ – für gläubige Muslime erlaubt ist oder „koscher“ – für gläubige Juden erlaubt ist, kann vielmehr nur eine religiöse Autorität, nicht aber der Staat definieren bzw. bestätigen.

Es stellt sich nun die Frage, ob eine Ergänzung der nationalen lebensmittelrechtlichen Kennzeichnungsvorschriften, so wie es im Antrag gefordert wird, möglich ist. Bereits die derzeit gültige Lebensmittel-Kennzeichnungsverordnung enthält umfangreiche Regelungen zur Kennzeichnung fertig verpackter Lebensmittel. Diese wird durch die Verordnung 1169/2011 des Europäischen Parlamentes und des Rates ab dem 13.12.2014 abgelöst. Wir bekommen also eine europäische Lösung. Die SPD hätte sich auch eine andere europäische Verordnung gewünscht, denn Punkte wie z.B. die Ernährungs-Ampel für Zucker und Fette hätte man hier dringend umsetzen müssen.

Aber zurück zum Antrag der Piraten:

Ja, es ist möglich auch europäische Regelungen mit nationalen Regelungen zu ergänzen, dies ist aber nach der zitierten Ermächtigungsgrundlage des § 14 Abs. 1 Nr. 2 Lebensmittel und Futtermittelgesetzbuch (LFGB) nur für die Kennzeichnung tierischer Lebensmittel als Lebensmittelzutat möglich. Nebenbestandteile wie Zusatzstoffe, Aromen, Enzyme und technische Hilfsstoffe, die aus Rohstoffen tierischen Ursprungs gewonnen werden, werden hiervon jedoch nicht erfasst. Das heißt, so wichtige Informationen wie sie Veganer bedürfen, können nicht national geregelt werden.

Schwierig wird auch der zeitliche Rahmen. So soll nach dem vorliegenden Antrag bereits eine Umsetzung ab dem 1. Juli 2013 festgesetzt werden. Übergangsvorschriften sind nicht vorgesehen. Normalerweise sollte man einem Unternehmen auch etwas Zeit für die Umstellung lassen. Die Bundestagswahl würde zu weiteren Verzögerungen führen und damit eine Umsetzung frühestens Anfang 2014 ermöglichen. Damit würde die vorgeschlagene Einführung einer nationalen Regelung fast zeitgleich mit der europäischen Kennzeichnungsverordnung zusammenfallen. Eine solche Verordnung hätte dann natürlich bei der Umsetzung Vorrang.

Der Wunsch nach mehr Transparenz für Menschen, die sich vegetarisch bzw. vegan ernähren wollen, ist verständlich. Im Hinblick auf die anstehenden europäischen Regelungen hält die SPD-Fraktion eine nationale Lösung für schwer durchsetzbar – zum einen, weil rechtlich einiges dagegen spricht zum anderen, weil Lebensmittel im europäischen Verkauf vor den Grenzen keinen Halt machen.

Der Überweisung in den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz zur weiteren Beratung hat die SPD-Fraktion zugestimmt.

Wohnen darf kein Luxusgut werden – das Mietrechtänderungsgesetz von Schwarz-Gelb wird den drängenden Herausforderungen nicht gerecht

Die rasant steigenden Mieten, insbesondere in Ballungszentren wie Köln, stehen als drängendes Problem weiterhin im Fokus der Landesregierung aus SPD und Grünen. Wohnraum wird knapp und immer teurer. Rot-Grün kämpft momentan für rechtliche Instrumente, um diesem Missstand adäquat begegnen zu können.

„Immer teurer werdender Wohnraum stellt Familien und Rentner, Geringverdiener sowie Studenten vor teils existentielle Probleme. Über 30% des Haushaltseinkommens gibt fast jeder zweite Haushalt mittlerweile für die Miete aus“, beschreibt Jochen Ott, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, die aktuelle Lage. „Diese hohe Belastung durch Wohnkosten ist ein soziales Problem – so wird Wohnen immer mehr zu einem Luxusgut. Das ist nicht hinnehmbar!“, stellt Jochen Ott klar.

Weiterlesen: [LESEN SIE HIER DEN GESAMTEN ARTIKEL](#)

Weiterlesen: [LESEN SIE HIER DEN GEMEINSAMEN ANTRAG VON SPD UND GRÜNEN](#)

Lebendiger Politikunterricht im Landtag



Foto: Gabriele Hammelrath MdB mit den VertreterInnen der Bezirksschülervertretung Köln bei deren Besuch im Landtag

25 SchülerInnen der BezirksschülerInnenvertretung Köln nahmen am Mittwoch an einer Demonstration der LandesschülerInnenvertretung gegen die Schulzeitverkürzung (G8) vor dem NRW-Landtag teil. Danach nutzten die Jugendlichen die Gelegenheit und besuchten die Kölner Landtagsabgeordnete Gabriele Hammelrath. Sie diskutierten lebhaft und engagiert mit der Abgeordneten über Schulzeitverkürzung G8, die Mathematik-Abiturklausur in diesem Jahr und über weitere Schul- und Zukunftsperspektiven. Gabriele Hammelrath MdB freute sich über den Austausch mit den Jugendlichen und lud diese mit ihren jeweiligen Schulklassen zu einem weiteren Besuch im Landtag ein.

Terminhinweis: Bitte vormerken!

Am 26.06.2013 ab 17 Uhr wird das Thema „Auf dem Weg zu einer inklusiven Schule“ auf einer Veranstaltung „Fraktion vor Ort“ der SPD-Landtagsfraktion im VHS-Forum im Rautenstrauch-Joest-Museum in Köln intensiv diskutiert.

Kultur ist kein reines Handelsgut: Resolution zum Freihandel mit der USA

Der Landtag hat am 16.05.2013 in einem gemeinsam von SPD, Bündnis90/Die Grünen und Piraten getragenen Antrag gefordert, die Bereiche Kultur und Medien von den Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit den USA auszunehmen. Vor allem die Bundesregierung solle dafür Sorge tragen, dass Kultur und Medien von einem zukünftigen Freihandelsabkommen ausgenommen werden. Kultur ist keine normale Handelsware, die man Marktgesetzen unterwerfen kann – und wie wichtig ein gut finanziertes öffentliches Rundfunk ist, sieht man gerade an der Fernsehlandschaft in den USA. Der Zugang zu Kultur und Medien ist elementar für die Teilhabe an der Demokratie und darf nicht den Marktgesetzen unterworfen werden.

Daher freuen wir uns über den Entschluss des Ausschusses für Außenhandel des Europäischen Parlaments, der ebenfalls die Ausklammerung von Kultur und Medien aus dem Verhandlungsmandat der Europäischen Kommission gefordert hat – im Gegensatz zur Schwarz-Gelben Bundesregierung in Form des liberalen Bundeswirtschaftsministers, die keine Einwände gegen die Öffnung des kulturellen Sektors hat und die Hoheit der Bundesländer im Bereich von Kultur und Medien bislang ignoriert. Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie endlich die Position der Länder zur Kenntnis nimmt und durch die öffentliche Hand gewährleistete Kulturangebote gegen Eingriffe schützt. Die Hoffnungen sind jedoch höher, dass das Europäische Parlament die Ausnahme des Kultur- und Medienbereichs von den Verhandlungen erwirkt, da diese Bundesregierung die politische und kulturelle Beteiligung von Menschen nur in Sonntagsreden ernst nimmt und sie dann unter der Woche an den Meistbietenden verscherbelt.

Weiterlesen: [Drucksache 16/2887](#)

Bestattungen sind Teil der Integration

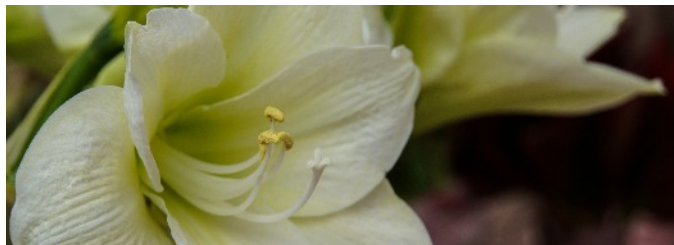


Bild: Rainer Sturm | pixelio.de

Der Landtag hat am 15. Mai in erster Lesung über eine Änderung des Bestattungsgesetzes beraten. Zukünftig soll es religiösen Gemeinschaften erlaubt werden, Friedhöfe zu betreiben. Dadurch wird es z.B. Muslimen ermöglicht, die Bestattung gemäß ihrer Tradition durchzuführen. Des Weiteren sieht der Gesetzentwurf vor, dass der Zugang zur Seebestattung erleichtert und die Verwendung von Grabsteinen aus Kinderarbeit untersagt wird.

Anerkennung von Berufsabschlüssen aus dem Ausland neu geregelt

Das gestern vom Landtag verabschiedete Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz erleichtert Einwanderinnen und Einwanderern die Anerkennung ihrer in der früheren Heimat absolvierten Ausbildung. Es gilt für insgesamt 165 landesrechtlich geregelte Berufe und betrifft zum Beispiel IngenieurInnen oder auch ErzieherInnen. Ein ebenfalls beschlossener Rot-Grüner Entschließungsantrag flankiert die Ziele des neuen NRW-Gesetzes. So soll sichergestellt sein, dass Menschen mit Migrationshintergrund nicht aus finanziellen Gründen daran gehindert werden, ihren ausländischen Berufsabschluss anerkennen zu lassen – zum Beispiel über Gebühren im Anerkennungsverfahren oder Kosten für notwendige Nach- und Anpassungsqualifizierungen. Hier ist auch der Bund in der Finanzierungspflicht.



Bild: Rainer Sturm | pixelio.de

Weiterlesen: [Drucksache 16/1188](#)

Mehr als 40 Mädchen und junge Frauen besuchen die Kölner Abgeordneten beim jährlichen Girls' Day des Landtags NRW

stellvertretend für die Abgeordneten ein Bericht von Walter Schulz



„Girls' Day“ heißt der Mädchenzukunftstag, an dem sich am 22. April 2013 auch der Landtag beteiligte. Unter den über 700 Mädchen und jungen Frauen, die einen Einblick in die Tätigkeit der Abgeordneten und anderer vorgestellter Berufe bekamen, waren auf Einladung von Andreas Kossiski MdL auch 16 Schülerinnen der Heinrich-Böll-Gesamtschule aus Chorweiler. In Vertretung von Andreas Kossiski betreute Walter Schulz die Gruppe. In einer nachgespielten Plenarsitzung und an zahlreichen Ständen im Landtagsgebäude informierten sich die Schülerinnen über die Arbeit des Landtags sowie verschiedene Berufe und Studiengänge. Der Girls' Day 2013 wollte besonders dazu motivieren, bei den Überlegungen zur Berufswahl auch technische und naturwissenschaftliche Berufe in Betracht zu ziehen. Die Veranstaltung war ein voller Erfolg. Ein Besuch von Andreas Kossiski zu einer Nachbetrachtung in der Schule soll folgen.

Herzlichen Dank an die Heinrich-Böll-Gesamtschule, die begleitenden Lehrerinnen und vor allem an die Kollegin Gudrun Neumann, die den Besuch in der Schule perfekt vorbereitet hatte.

Weiterlesen:

Hier ein kurzer Bericht der Heinrich Böll Gesamtschule Chorweiler

Notwendige Korrekturen durch Novelle des Stärkungspaktgesetzes

Die rot-grüne Landesregierung hat heute den Entwurf zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes in den Landtag eingebracht. Erst nach Verabschiedung des bestehenden Gesetzes hatte sich herausgestellt, dass es fehlende oder fehlerhafte Meldungen von Kommunen zur Jahresrechnungsstatistik gab. Das Gesetz, nach dem die 61 Stärkungspaktkommunen Konsolidierungshilfen erhalten, basiert deswegen auf einer fehlerhaften Datengrundlage. Insgesamt 47 Stärkungspaktkommunen sind nun von Korrekturen betroffen. Diese werden sich aber erst nach Inkrafttreten der Novelle auswirken. Vorher getroffene Entscheidungen und Auszahlungen bleiben unberührt. Über den Stärkungspakt hilft die Landesregierung den besonders notleidenden Kommunen. Jährlich stellt sie dafür 350 Millionen Euro zur Verfügung.

Weiterlesen:

Drucksache 16/2722

Wichtiger Schritt zur Reform des Öffentlichen Dienstes

Das gestern verabschiedete Dienstrechtanpassungsgesetz setzt aktuelle Rechtsprechung um und ist ein erster Schritt auf dem Weg zu einem modernen Dienstrecht des Öffentlichen Dienstes in NRW. Das Gesetz sorgt beispielsweise dafür, dass für den Stufenaufstieg zukünftig nicht mehr das Dienstalder, sondern die Erfahrung zählt. Ein ebenfalls verabschiedeter rot-grüner Entschließungsantrag beschreibt die Ziele der in dieser Legislaturperiode anstehenden großen Dienstrechtsreform. Damit soll der Öffentliche Dienst noch attraktiver und seine Leistungsfähigkeit gesichert werden. Dafür sind Veränderungen des Laufbahnrechts und flexiblere Arbeitszeitmodelle geplant, die für mehr Durchlässigkeit zwischen öffentlichem und privatem Sektor, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie gleiche Karrierechancen für Frauen sorgen sollen. Auch die Ruhegehaltsfähigkeit von Polizei-, Justiz- und Feuerwehruzulagen soll rückwirkend wieder eingeführt werden.

Weiterlesen:

Drucksache 16/1625

TERMINHINWEIS: FRAKTION VOR ORT am 26. JUNI 2013

„AUF DEM WEG IN EIN INKLUSIVES NRW“ UNSERE SCHULEN FÜR ALLE – NRW INKLUSIV

Inklusion soll in unserem Land Wirklichkeit werden. Deshalb wird die UN-Behindertenrechtskonvention jetzt in Nordrhein-Westfalen zum Maßstab. Eine Herausforderung, der sich die gesamte Gesellschaft stellen muss, aber auch der Bund, das Land und die Kommunen.

Die Rot-Grüne Landesregierung hat einen Aktionsplan auf den Weg gebracht, der alle Politikbereiche umfasst. In der Diskussion ist zurzeit insbesondere die Öffnung unserer Schulen zu inklusiven Bildungseinrichtungen. Bei dieser Veranstaltung der Kölner SPD-Landtagsabgeordneten wollen wir gemeinsam mit den Beteiligten den Prozess und die Gelingensvoraussetzungen beleuchten.

GEPLANTER ABLAUF

17.00 GET TOGETHER

Bei einem kleinen Imbiss sollen in persönlichen Gesprächen mit den Kölner SPD-Landtagsabgeordneten Erfahrungen, Erwartungen und mögliche Schwierigkeiten gesammelt werden.

18.00 BEGRÜßUNG

Gabriele Hammelrath MdL – SPD Landtagsfraktion NRW

18.10 EINFÜHRUNG: AUF DEM WEG ZU INKLUSIVEN SCHULEN

Norbert Killewald – Beauftragter der Landesregierung für die Belange des Menschen mit Behinderung in Nordrhein-Westfalen

18.30 DISKUSSIONEN

Norbert Killewald - Beauftragter der Landesregierung für die Belange des Menschen mit Behinderung in Nordrhein-Westfalen

Prof. Dr. Thomas Hennemann – Universität zu Köln (angefragt)

Dr. Agnes Klein – Dezernentin für Bildung, Jugend und Sport der Stadt Köln
Vertreterinnen und Vertreter Kölner Schulen

MODERATION

Gabriele Hammelrath MdL und Jochen Ott MdL – SPD-Landtagsfraktion NRW

19.30 ZUSAMMENFÜHRUNG UND AUSBLICK

Gabriele Hammelrath MdL – SPD-Landtagsfraktion NRW

20.00 AUSTAUSCH IM PERSÖNLICHEN GESPRÄCH

VERANSTALTUNGSORT:
VHS-FORUM IM RAUTENSTRAUCH-JOEST-MUSEUM,
CÄCILLENSTRAÙE 29-33, 50667 KÖLN
BEGINN: 17 Uhr

Bei Interesse wenden Sie sich gerne an das Gemeinschaftsbüro unter 0221 -99 55 99 74 oder unter koelnerspdmld@landtag.nrw.de